



Projektland: Maghreb

**Quartal/Jahr: Juli bis September
2010**

Schlagzeilen Tunesien:

- Erste Sitzung der *ad hoc*-Arbeitsgruppe EU-Tunesien zum „Statut avancé“
- Appelle an Staatspräsident **Ben Ali** für eine erneute Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl 2014

Schlagzeilen Algerien

- Einstellung des Strafverfahrens gegen **Ziane Hasseni** durch Pariser Berufungsgericht
- Reaktion des Hochschulministeriums auf öffentliche Kritik an Zirkularnote
- Verlagerung der Aktivitäten der AQMI in die Sahelregion und weitere Entführungen

Schlagzeilen Marokko

- König **Mohammed VI** will sich für weitere Stärkung der Rechtsstaatlichkeit einsetzen
- EU drängt Marokko zu weiteren Reformen im Justizwesen
- Marokko protestiert gegen Übergriffe der spanischen Grenzpolizei
- Polisario-Generalinspektor für marokkanische Initiative in der West-Sahara-Frage
- Neuerliche EU-Finanzhilfe für Marokko
- Marokko verzeichnet weiteren Anstieg im Tourismus
- Laut UNDP leben 28% der Marokkaner in Armut
- Delegation bayerischer Unternehmer besuchte Marokko

Tunesien

Ende August fand die erste Sitzung der vom Assoziierungsrat EU-Tunesien im Mai diesen Jahres eingesetzten ad hoc-Arbeitsgruppe zur Verhandlung des „Fortgeschrittenen Status“ (Statut avancé) statt. Im Berichtszeitraum stieß die Änderung des Paragraph 61 des tunesischen Strafgesetzbuches weiterhin auf heftige Kritik seitens der EU. Nach dem neuen Strafrechtsartikel können strafrechtliche Sanktionen gegen jeden Tunesier erlassen werden, der einem Ausländer durch Informationen hilft, den Wirtschaftsinteressen Tunesiens – worunter auch die Verhandlungen zum *Statut avancé* zu zählen sind – zu schaden. Dieser Paragraph war bereits bei einer Anhörung im Menschenrechtsausschuss des EU-Parlaments Ende Juni heftig verurteilt worden.

Zahlreiche nationale Persönlichkeiten, Gruppen und Verbände haben Staatspräsident Ben Ali in den vergangenen Monaten dazu aufgerufen, für eine weitere Amtszeit 2014-2019 zu kandidieren. Laut aktuellem Verfassungstext beträgt das Höchstalter für einen Präsidentschaftskandidaten 75 Jahre. Präsident Ben Ali war im Oktober vergangenen Jahres zum fünften Mal in Folge zum Staatspräsidenten gewählt worden.

Die beiden tunesischen Mitglieder der UN-Vertragsorgane, Abdelfattah Amor, Mitglied des UN-Menschenrechtsausschuss, und Lotfi Ben Lallahom, Mitglied des UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, sind jeweils für eine weitere Amtszeit von vier Jahren wiedergewählt worden.

Die Wachstumsrate der tunesischen Wirtschaft im Jahr 2009 beträgt laut dem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht der tunesischen Zentralbank 3,1% im Vergleich zu 4,5% in 2008. Diese Bilanz sei durch die starke inländische Nachfrage, insbesondere den privaten Verbrauch und staatliche Investitionen zu erklären. Die ausländischen Direktinvestitionen gingen dagegen um 33% zurück, während das Haushaltsdefizit bei 3% des Bruttoinlandproduktes liegt. Die Inflationsrate ist 2009 im Vergleich zu den 5% im Vorjahr auf 3,7% zurückgegangen.

Algerien

Zu einer leichten Entspannung der politischen Beziehungen zwischen Algerien und Frankreich hat der Ende August erlassene Beschluss des Berufungsgerichts von Paris geführt, durch den das Strafverfahren gegen den Protokollchef des algerischen Außenministeriums, Mohamed Ziane Hasseni, eingestellt wurde. Hasseni war im August 2008 auf dem Flughafen Marseille wegen des Verdachts der Mittäterschaft an der Ermordung des algerischen Oppositionellen Ali

Mecili im Jahre 1987 in Paris verhaftet worden. Knapp eine Woche nach dem Gerichtsbeschluss wurde der ehemalige französische Premierminister, **Jean-Pierre Raffarin**, zum Leiter einer Mission zur Evaluierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Algerien und der Investitionsentwicklungen in den beiden Ländern nominiert. Zudem besuchten die französische Staatssekretärin für Außenhandel, **Anne-Marie Idrac**, sowie der ehemalige Minister **Jean-Pierre Chevènement** das Land; letzterer wurde von Präsident **Bouteflika** persönlich empfangen.

Das Hochschulministerium hat auf die öffentliche Kritik gegen seine im Mai dieses Jahres veröffentlichte Zirkularnote reagiert, in der es vorgeschrieben hatte, dass jede Teilnahme von Vertretern der Wissenschaft an Konferenzen und Kolloquien im Ausland zuvor vom Ministerium genehmigt werden müssten. Nachdem die universitäre Gemeinschaft die Beschränkung des Aktionsfeldes der Universitäten im Allgemeinen, sowie die Beschränkung des Austausches und der Reisefreiheit von Wissenschaftlern und Studenten im Besonderen deutlich kritisiert hatte, nahm das Ministerium Abstand von seinem Genehmigungsvorbehalt und beschloss die Entscheidung über die Teilnahme an Veranstaltungen im Ausland den jeweiligen Universitätsrektoren zu überlassen.

Laut der kürzlich erschienenen Terrorismus-Jahresländerberichte des US State Departments stellte der nordafrikanischen Ableger des Terrornetzes Al Qaida "Al Qaida im islamischen Maghreb" (AQMI) im Jahre 2009 die größte Terrorbedrohung in der Sahara- und der Sahelregion dar und agierte im vergangenen Jahr zum größten Teil vom nordöstlichen Teil Algeriens und dem nördlichen Mali aus. Aufgrund der deutlichen Fortschritte Algeriens im Kampf gegen den Terrorismus sei nun jedoch eine Verlagerung des Aktionsfeldes in den Süden in die Sahelregion (Mauretanien, Niger und Mali) zu beobachten. Im dritten Quartal kam es in dieser Region zu mehreren Entführungen und der Ermordung eines Franzosen durch die AQMI. Der 78-jährige Franzose wurde im April im Grenzgebiet zwischen Mali und Niger entführt. Nach dem Scheitern einer französisch-mauretanischen Militäroperation zur Befreiung der Geisel, während der sechs Terroristen getötet worden waren, gab die AQMI am 25. Juli die Ermordung des Franzosen bekannt. Die Ende vergangenen Jahres von der AQMI in Mauretanien entführten und nach Mali verschleppten zwei Mitarbeiter einer spanischen Hilfsorganisation sind Ende August nach fast neunmonatiger Geiselhaft in Mali wieder freigekommen. Mitte September wurden erneut fünf Franzosen im Niger entführt. Auch zu diesen Entführungen hat sich zwischenzeitlich die AQMI bekannt.

Der Ministerrat hat Ende August den Gesetzesentwurf zum Ergänzungshaushalt 2010 angenommen durch den der Rechnungshof nach über zehnjähriger Quarantäne seine Handlungsfähigkeit wiedererlangen soll. Seine Missionen zur Verstärkung der

Betrugsprävention sollen erweitert werden und er soll künftig ein Zentralorgan zur Korruptionsahndung darstellen. Diese Zentralisierung soll eine größere Effektivität in der Korruptionsbekämpfung, sowie eine Erleichterung der zukünftigen internationalen Zusammenarbeit über Interpol gewährleisten.

Marokko

In der am 30. Juli 2010 traditionell anlässlich des Thronfestes gehaltenen Rede König Mohameds VI betonte der Monarch, dass Marokko seinen Weg in eine demokratisierte und offene Gesellschaft konsequent fortführen wolle. Im Vordergrund stehe hierbei die weitere Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sowie die Konsolidierung demokratischer Strukturen. Weiterhin solle an einer verbesserten Einbindung des Bürgers in die politische und ökonomische Entwicklung sowie die Entscheidungsprozesse des Staates gearbeitet werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Rede Mohameds VI stellte das Regionalisierungsprojekt Marokkos dar. Von deren Umsetzung, die der Region West-Sahara Autonomie einräumen soll, verspricht sich Marokko die Lösung der internationalen Spannungen angesichts der West-Sahara-Frage. Weiterhin betonte er Marokkos Entschlossenheit, ungebrochen an einer politischen wie ökonomischen Einheit aller Maghreb-Länder zu arbeiten wie auch die enge Zusammenarbeit mit der EU weiter zu forcieren.

Pier Antonio Panzeri, Präsident der Kommission für die Beziehungen zu Marokko des Europäischen Parlamentes in Brüssel betonte, dass das marokkanische Justizwesen weiterhin an Reformen arbeiten müsse. Dies sei nicht nur im Interesse der Zusammenarbeit EU-Marokko, sondern müsse insbesondere zu nachhaltigen Verbesserungen des rechtlichen Status marokkanischer Bürger führen. Insgesamt sprach Panzeri von einer weiterhin positiven Entwicklung in der Zusammenarbeit.

Mit Entrüstung und scharfem offiziellem Protest hat Marokkos Regierung auf die jüngsten Übergriffe der spanischen Grenzpolizei am Grenzposten der spanischen Enklave Mellila gegen marokkanische Staatsbürger reagiert. Nach Angaben der Presse wurden mehrere Marokkaner beim Grenzübertritt mit Fußtritten und Gummiknüppeln traktiert. Marokkos Regierung warf der spanischen Grenzpolizei „Respektlosigkeit“ und „Rassismus“ vor. Unterdessen demonstrierten vor dem Grenzübergang nach Mellila mehrere hundert Marokkaner gegen die Ausfälle der spanischen Polizei und drohten die Wareneinfuhr zu blockieren.

Der Polisario-Generalinspektor für Sicherheit **Mustapha Salma Ould Sidi Mouloud** hat sich Anfang August auf einer Pressekonferenz in Rabat klar für die von Marokko vorgeschlagene Lösung einer Autonomie der Region West-Sahara innerhalb des marokkanischen Territoriums

ausgesprochen. Eine solche Lösung käme den Interessen der Sahraouis am nächsten. Sie respektiere das Recht auf Selbstbestimmung und garantiere ein integriertes Staatswesen und Infrastruktur. In Algerien und bei anderen Verantwortlichen der Polisario stießen diese Äußerungen auf Unmut. Im September wurde Mustapha Salma Ould Sidi Mouloud von der Polisario verhaftet. Marokko appelliert an die internationale Gemeinschaft von Algerien und der Polisario die sofortige und bedingungslose Freilassung von Mustapha Salma Ould Sidi Mouloud zu verlangen. Dieser Zwischenfall hat die bestehenden Spannungen zwischen Algerien und Marokko weiter verschärft.

Anfang August beschloss die Europäische Kommission in Brüssel Marokko weitere 135 Mio. Euro Finanzhilfe zur Verfügung zu stellen. Davon kommen etwa 70 Millionen dem Landwirtschaftsreformprojekt „Plan Grünes Marokko“ für nachhaltig arbeitende, kleinbäuerliche Agrarbetriebe zugute. Die restlichen Finanzmittel sollen für Alphabetisierungsmaßnahmen sowie Regionen genutzt werden, die in der allgemeinen Entwicklung zurückstehen. Ein Sprecher der EU-Kommission betonte, dass die weiteren Finanzhilfen den privilegierten Charakter zeige, den die EU der Partnerschaft mit Marokko beimesse.

Für den Zeitraum Januar bis Juni 2010 verzeichnete Marokko einen weiteren Anstieg touristischer Aktivitäten. Wie das Ministerium für Tourismus mitteilte stieg die Zahl der Touristen um 13,4% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum an. Damit liege Marokko in der Region Naher Osten/Afrika auf dem zweiten Rang, hinter Ägypten und vor der Türkei, die jeweils Wachstumsraten von 20,3% sowie 9,3% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verzeichneten.

Laut einer Studie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), die auf einem neuen, von der Universität Oxford entwickelten Armutsindex beruht, der u.a. Zugang zu Wasser und Strom, den regelmäßigen Schulbesuch sowie Unterernährung mit einbezieht, leben in Marokko 28% der Bevölkerung in Armut. Nach den neusten UNDP-Zahlen rangiert Marokko damit hinter Guatemala, Ägypten und Tunesien.

Mitte September begab sich eine 18-köpfige Delegation bayerischer Unternehmer für einen zweitägigen Besuch nach Marokko. Dieser erfolgte auf Initiative der marokkanischen Botschaft und der IHK München und konzentrierte sich auf Kooperationsgespräche mit dem Ministerium für Bergbau und Energie sowie Firmenbesuche. Die Wirtschaftsbeziehungen zu Bayern sollen weiter gestärkt werden.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
 AUTOR: DR. JÜRGEN THERES, REGIONALBEAUFTRAGTER MAGHREB
 REDAKTION: JULIETTE BORSENBERGER, CHRISTINA KERLL
 LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
 TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359
 E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
 ERSTELLT AM: 07.10.2010